

TOP 9

Anträge

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
1.	<p data-bbox="253 300 2119 336">Antrag LFA Gesellschaft, Familie und Soziales</p> <p data-bbox="253 352 1122 389">Hybride Sitzungen der kommunalen Gebietskörperschaften sichern!</p> <p data-bbox="253 405 2119 504">Die CDU Schleswig-Holstein fordert die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, auch nach Pandemien verfassungsrechtlich und gesetzgeberisch abzusichern und zu ermöglichen, dass kommunale Mandatsträger*innen hybrid an Sitzungen der kommunalen Gebietskörperschaften teilnehmen zu können und damit die vollumfängliche Wahrnehmung des Mandates sicherzustellen.</p> <p data-bbox="253 520 416 557">Begründung</p> <p data-bbox="253 572 2119 671">Die Pandemie hat gezeigt, dass sich die digitale Gesellschaft durch neue Formen der Kommunikation und Beteiligung weiterentwickelt hat. In dieser aktuellen, pandemischen Lage wurden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kommunen und Kreise digital bzw. hybrid tagen können. Diese Möglichkeit sollte auch künftig und nicht nur in Fällen höherer Gewalt verfassungsrechtlich abgesichert und ermöglicht werden.</p> <p data-bbox="253 687 2119 786">Mit diesem Schritt wird das Interesse an ehrenamtlicher, kommunalpolitischer Arbeit auch bei Menschen geweckt, die sich aufgrund der beruflichen oder familiären Situation in der „Rush-Hour“ des Lebens befinden und zudem ist es ein weiteres Element, Familie, Pflege, Studium und Beruf in Einklang zu bringen.</p>
2.	<p data-bbox="253 879 2119 916">Antrag LFA Gesellschaft, Familie und Soziales</p> <p data-bbox="253 932 1413 968">Forum „Soziale und Gesellschaftliche Herausforderungen nach der Pandemie“ durchführen</p> <p data-bbox="253 984 2119 1083">Die CDU Schleswig-Holstein führt im zweiten Halbjahr 2021 ein Forum „Soziale und Gesellschaftliche Herausforderungen nach der Pandemie“ durch. Der thematische Schwerpunkt sollte sich auf Auswirkungen von Personengruppen beziehen, die sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind (u.a. wohnungs- und obdachlose Menschen/ Menschen, die armutsgefährdet sind/Menschen, die unter Einsamkeit leiden/Menschen mit Behinderungen).</p> <p data-bbox="253 1099 2063 1136">Selbstvertreter*innen und Expert*innen in eigener Sache, Wohlfahrtsverbände und Wissenschaftler*innen sollen in diesem Forum zu Wort kommen.</p> <p data-bbox="253 1152 416 1189">Begründung</p> <p data-bbox="253 1204 2119 1335">Die Pandemie hat bereits heute ihre Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Alle Wirkungen und Auswirkungen sind noch nicht absehbar – dennoch ist die Politik gefordert, die Sorgen und Nöte und Forderungen besonders betroffener Personengruppen zu hören und ihnen Raum zu geben. Aus diesen Berichten hat die CDU die Chance – auch mit Blick auf die Landtagswahl – Erkenntnisse aus erster Hand zu erhalten und daraus Konsequenzen und Konzepte für das eigene politische Handeln zu gewinnen.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
3.	<p data-bbox="253 300 2119 335">Antrag LFA Gesellschaft, Familie und Soziales</p> <p data-bbox="253 351 945 386">Armuts- und Reichtumsbericht für Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="253 402 2119 502">Die CDU Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, ab dem Jahr 2022 einen Armuts- und Reichtumsbericht für Schleswig-Holstein unter wissenschaftlicher Begleitung und unter Einbindung der Kommunalen Spitzenverbände sowie der Wohlfahrts- und Sozialverbände in einem dreijährigen Rhythmus zu erstellen.</p> <p data-bbox="253 518 414 553">Begründung</p> <p data-bbox="253 569 2119 742">Auf Bundesebene gibt es seit Beschlussfassung des Deutschen Bundtages im Jahr 1999 eine regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Ziel der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist es, die unterschiedlichen Lebenslagen von Armut und Reichtum schonungslos offen zu legen und die getroffenen politischen Maßnahmen kritisch zu hinterfragen, um damit als Grundlage für Lösungsansätze zur Überwindung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich dienen zu können. Ein Armuts- und Reichtumsbericht für Schleswig-Holstein gibt es noch nicht. In einigen Kreisen und kreisfreien Städten werden „Sozialberichte“ erstellt – allerdings nicht landesweit und es gibt auch keine Zusammenfassung und Monitoring für Schleswig-Holstein.</p>
4.	<p data-bbox="253 826 2119 861">Antrag LFA Gesellschaft, Familie und Soziales</p> <p data-bbox="253 877 683 912">Teilhabe und Beteiligung sichern!</p> <p data-bbox="253 928 2119 1029">Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass in den kommunalen Gebietskörperschaften verbindliche Instrumente, Foren, Runde Tische oder Beiräte für die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen eingerichtet werden. An diesen Foren sollen auch Leistungsträger*innen wie auch Leistungserbringer*innen beteiligt werden.</p> <p data-bbox="253 1045 414 1080">Begründung</p> <p data-bbox="253 1096 2119 1197">Ein weiteres Instrument, um Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu garantieren und das Wissen als Expert*innen in eigener Sache in politische Entscheidungen einbringen zu können, ist es notwendig, Kommunen zu verpflichten, diese Beteiligung zu ermöglichen und sicherzustellen. Auch wenn es im Land Schleswig-Holstein bereits vorbildliche Beteiligungsmodelle gibt, gibt es in vielen Regionen des Landes noch erheblichen Nachholbedarf.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
5.	<p data-bbox="250 300 2098 331">Antrag LFA Sicherheit & Verteidigung</p> <p data-bbox="250 403 2098 499">Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands am 7./8. Dezember 2018 stellte durch Beschluss fest, dass die Bundeswehr Herausragendes leistet und unsere umfassende Anerkennung verdient. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich weiterhin mit aller Kraft dafür ein, dass der Dienst in unserer Bundeswehr mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft erfährt.</p> <p data-bbox="250 523 2098 619">Zuletzt bekräftigte die CDU Schleswig-Holsteins im Rahmen der Klausurtagung am 9. Februar 2020 anlässlich der Befassung mit dem Positionspapier „Schleswig-Holstein – Heimat für unsere Bundeswehr“, dass der Einsatz der Soldatinnen und Soldaten sowie der zivilen Mitarbeitenden, deren Hingabe und Leistungen bewundernswert sind und Ihnen dafür unser Respekt, unsere Anerkennung und vor allem unsere Dankbarkeit gebührt.</p> <p data-bbox="250 643 2098 738">Der Landesfachausschuss Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat das Positionspapier und dessen klares Bekenntnis zu unserer Bundeswehr aufgenommen um Vorschläge zur konkreten Unterstützung dieses Bekenntnisses zu erarbeiten. Diese werden als Anträge an den Landesparteitag eingebracht.</p> <p data-bbox="250 762 763 794">Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p data-bbox="250 818 2098 946">Zur Bekämpfung der noch immer gegenwärtigen COVID19-Pandemie, haben die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht nur in unserem Bundesland stets schnelle, verlässliche und belastbare Unterstützung geleistet. Sie unterstützen im Rahmen der Amtshilfe, z.B. mit logistischen und medizinischen Diensten ebenso, wie durch eigeninitiierte Bürgerhilfe wie Einkaufshilfen oder durch Dienstleistung in Gesundheitsämtern zur bestmöglichen Kontaktnachverfolgung Infizierter. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung.</p> <p data-bbox="250 986 2098 1082">Die CDU Orts- und Kreisverbände werden gebeten, als sichtbares Zeichen unserer Verbundenheit und Unterstützung, das Anbringen der sogenannten „Gelben Schleife zur Unterstützung unserer Soldaten“ an z.B. Ortschildern, vielbesuchten Orten und Plätzen oder auch vor und in Kasernen – wo möglich – öffentlichkeitswirksam durchzuführen.</p> <p data-bbox="250 1121 2098 1217">Dem Positionspapier der Klausurtagung folgend setzt sich die CDU Schleswig-Holstein dafür ein, dass jedes Jahr ein öffentliches Gelöbnis und / oder ein Empfang des Landtages oder der Landesregierung für Angehörige der Bundeswehr und deren Angehörige stattfinden solle, um so auf würdevolle Weise die besondere Wertschätzung und Verbundenheit des Landes für unsere Bundeswehr auszudrücken.</p> <p data-bbox="250 1257 2098 1385">Der Landesvorstand und die Landtagsabgeordneten werden gebeten die nötigen protokollarischen Schritte einzuleiten und / oder zu unterstützen bzw. durchzuführen, um am jeweils 12. November und 20. Juli eines jeden Jahres ein öffentliches Gelöbnis und / oder einen Empfang des Landtages oder der Landesregierung für Angehörige der Bundeswehr und deren Angehörige, beginnend noch in 2022, umzusetzen und für die Zukunft wiederkehrend zu etablieren.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>Der Bundesbau für die Bundeswehr wird durch die Gebäudemangement Schleswig-Holstein (GMSH) AÖR im Auftrag der Landesregierung durchgeführt. Die Bundeswehr plant oder investiert bereits Bauvolumen von mehreren hundert Millionen Euro auch in unserem Bundesland und fördert damit sowohl unmittelbar die hiesigen Bauträger, wie auch die daran partizipierende Sekundärwirtschaft. Zugleich schafft das zügige Umsetzen der Bundesbaumaßnahmen durch den Landesbau attraktive Standorte für die Angehörigen der Bundeswehr und macht den Zuzug nach Schleswig-Holstein attraktiver.</p> <p>Der Landesvorstand und die Abgeordneten werden gebeten sich in und außerhalb des aktiven Regierungshandelns anhaltend dafür einzusetzen, dass die GMSH und alle weiteren Projektbeteiligten bestehende und geplante Baumaßnahmen der Bundeswehr prioritär bearbeiten und möglichst rasch umsetzen, um so zügig spür- und sichtbare Verbesserungen zu erreichen.</p> <p>Multinationale militärische Übungen fördern das gegenseitige Verständnis und die Grenzen überschreitende Freundschaft, Verständigung und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auch abseits des militärischen Auftrags. Als freilaufende Übungen in unserem Bundesland fördern und erhalten sie zusätzlich die Sichtbarkeit der Bundeswehr und derer Partner und helfen Missverständnisse sowie Ängste vor Unbekanntem abzubauen. Die Bundeswehr als unsere Parlamentsarmee bleibt so sichtbar, greifbar und tiefer integriert in das Alltagsleben der Bevölkerung.</p> <p>Der Landesvorstand wird gebeten der Bundeswehr, vertreten durch den Kommandeur des Landeskommandos Schleswig-Holstein, zu signalisieren, dass die CDU Schleswig-Holstein die Durchführung solcher Übungen in unserem Bundesland und dessen Seegebieten grundsätzlich begrüßt.</p> <p>Wie den Medien öffentlich zu entnehmen, erarbeiten die Verteidigungsministerin und der Generalinspekteur der Bundeswehr Zielvorstellungen für möglicherweise grundlegende Veränderungen der Bundeswehr. Erste Informationen lassen erahnen, dass diese auch die Präsenz und Fähigkeiten der Bundeswehr in Schleswig-Holstein betreffen werden. Zugleich hatte die letzte größere Reform durch Abbau von Dienstposten und Arbeitsplätzen überproportional große, aus Stationierungssicht teils erhebliche und auch negative Auswirkungen für unser Bundesland.</p> <p>Der Landesvorstand sowie unsere Bundestags- und Landtagsabgeordneten werden eindringlich gebeten, sich durch frühzeitiges formelles sowie informelles aktives Engagement dafür einzusetzen, dass im Entscheidungsfindungsprozess die Berücksichtigung der schleswig-holsteinischen Interessen sichergestellt bleibt.</p> <p>Darüber hinaus soll für Stationierungsüberlegungen der Bundeswehr seitens Schleswig-Holstein größtmögliche Unterstützung zugesichert werden, um so durch bestehende in unserem Bundesland stationierte Truppenteile die eigene Handlungs- und Reaktionsfähigkeit im Katastrophenschutz sowie der Krisenvorsorge zu erhalten, zu verbessern, einem möglichen Abbau von Kräften frühzeitig entschieden entgegenzutreten und denkbare Neustationierungen zu begrüßen.</p> <p>Die Bundeswehr wird nach wie vor in multinationale Auslandseinsätze entsandt. In diesem Umfeld muss die Bundeswehr bündnisfähig sein und bleiben. Zugleich ist aufgrund der internationalen sicherheitspolitischen Entwicklungen die gleichrangige Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung hand-</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>lungsleitend, ja Grundvoraussetzung für die Sicherheit Deutschlands und unserer Bündnispartner. Die langfristigen finanziellen Folgen der COVID19-Pandemie werden die haushalterischen Herausforderungen gegenüber den ursprünglichen Planungen auch international erheblich verstärken, weshalb das mehrfach öffentlich kolportierte Bekenntnis, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen, von Deutschland absehbar verstärkt eingefordert werden dürfte.</p> <p>Die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten werden gebeten sich gemeinschaftlich und nachdrücklich dafür einzusetzen, die gemessen am Auftrag der Bundeswehr auskömmliche finanzielle Ausstattung des Verteidigungshaushaltes im Einzelplan 14 weiter voranzutreiben und kontinuierlich, auch nach 2022, dessen Entwicklung in Richtung des der NATO zugesicherten sogenannten „2%-Zieles“ zu unterstützen.</p> <p>Die Anträge werden der Einfachheit halber geschlossen zur Befassung gestellt. Im Falle kritischer Bewertung zu einzelnen Punkten, wird die Einzelabstimmung beantragt.</p>
6.	<p>Antrag CDU-Kreisverband Dithmarschen</p> <p>Einführung des Kapitalentnahmerechts im Rahmen der Haushaltsplanungen</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Der Kreisverband Dithmarschen beantragt eine Ergänzung der GemHVO-Doppik Schleswig-Holstein um eine Regelung, die es den Kommunen, Kreisen und Städten ermöglicht im Rahmen ihrer Haushaltsplanungen eine Entnahme aus der Ergebnissrücklage und der Allgemeinen Rücklage vorzusehen (sog. „Fiktiver Haushaltsausgleich“). Da diverse andere Bundesländer, wie z.B. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen entsprechende Regelungen eingeführt haben, kann eine rechtssichere Formulierung aus diesen Verordnungen übernommen werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die vorsichtige Haushaltsplanung in den Kommunen, Kreisen und Städten führt häufig dazu, dass am Jahresende ein Jahresüberschuss erzielt wird. Diese Entwicklung ist in den letzten Jahren in diversen Abschlüssen zu beobachten. Dieser Jahresüberschuss ist dann nach den Regelungen der GemHVO-Doppik SH der Ergebnissrücklage und der allgemeinen Rücklage zuzuordnen. Er ist also nicht auf das nächste Haushaltsjahr vortragsfähig. Im Kreishaushalt Dithmarschen sind die Rücklagen in den letzten Jahren auf nunmehr über 100 Mio. Euro angestiegen. Die Ergebnissrücklage darf nach § 25 Abs. 3 GemHVO-Doppik SH höchstens 33% und soll mindestens 10% der allgemeinen Rücklage betragen. Ein entstehender Jahresfehlbetrag darf dann mit der Ergebnissrücklage verrechnet werden (§ 26 Abs. 3 GemHVO-Doppik SH). Kann diese Verrechnung nicht erfolgen, wird der Verlust auf die nächsten Jahre vorgetragen und kann nach fünf Jahren zu Lasten der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden (§ 26 Abs. 4 GemHVO-Doppik SH). Ein Abbau der Beträge in den Ergebnissrücklagen ist faktisch nur möglich, wenn schon mit einem nicht ausgeglichenen Haushalt geplant wird. Dies würde aber die Genehmigungspflicht der Kommunal-aufsicht nach sich ziehen und auf keinen Fall für fünf Jahre möglich sein.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>Damit ist eine Nutzung der allgemeinen Rücklage faktisch nicht mehr möglich. Bei der Einführung eines Kapitalentnahmerechts könnte die Entnahme aus den Rücklagen schon in der Haushaltsplanung vorgenommen werden. Dadurch würde der Haushalt ausgeglichen geplant, da die Mittel aus den Rücklagen genau dafür zur Verfügung stehen. Eine Genehmigungspflicht würde ebenfalls nicht entstehen.</p>
7.	<p><u>Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</u></p> <p>Antrag: Wohnungsbauförderung im ländlichen Raum anpassen</p> <p><u>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, auch kleine Gemeinden bei der Schaffung von Wohnraum für Senioren und Singles zu unterstützen. Dafür ist die nötige Mindestanzahl von Wohneinheiten für die Landesförderung von kommunalen Planungskosten an den tatsächlichen lokalen Bedarf und vorhandene Rahmenbedingungen anzupassen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Bedarf an kleinen und mittleren Wohnungen im ländlichen Raum hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Vermehrt wünschen sich nicht nur Seniorinnen und Senioren nach Auszug aus ihrem Eigenheim ein Verbleib in Ihrer Heimatgemeinde, auch aus dem Elternhaus ausziehende Kinder möchten zunehmend in Ihrem gewohnten Umfeld bleiben. Der Trend zu Homeoffice und der Digitalisierung der Arbeitswelt wird diesen Trend zusätzlich verstärken. Das ohnehin heute schon ungünstige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wird sich dadurch noch weiter verschlechtern. Die derzeitige Förderung der Kommunen bei den Planungskosten von sogenannten Senioren- und Singlewohnungen sieht eine Mindestanzahl von 30 Wohneinheiten vor. Diese Größenordnungen sind für kleine Gemeinden nicht realistisch. Bedarfsgerecht sind in ländlichen Gemeinden oftmals Vorhaben in einer Größenordnung zwischen fünf und fünfzehn Wohneinheiten. Diese Art von Bauvorhaben fügen sich auch besser in die gewachsenen Strukturen der Gemeinden ein. Um dem wachsenden Bedarf an kleinen und mittleren Wohnungen im ländlichen Raum begegnen zu können, müssen zukünftig auch kleinteiligere Wohnungsbauprojekte unterstützt werden.</p>

Ifd. Nr.	Anträge
8.	<p data-bbox="250 300 2114 335">Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="250 402 1939 437">Antrag: Abschaffung der Positivliste und des sog. Primäreffektes bei der Gewerbegebietsförderung aus dem GRW-Bundesprogramm</p> <p data-bbox="250 504 806 539"><i>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</i></p> <p data-bbox="250 555 2114 689">Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich auf Landes- und Bundesebene für die Abschaffung von Förderhemmnissen bei der kommunalen Gewerbegebietsförderung ein. Konkret fordert die CDU Schleswig - Holstein die Abschaffung der sog. Positivliste und des sog. Primäreffektes in der landeseigenen Richtlinie zum Landesprogramm Wirtschaft, welches u.a. auf dem Bundesprogramm GRW (Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) aufsetzt.</p> <p data-bbox="250 759 416 794"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="250 810 2114 976">Immer mehr Gemeinden verzichten in Schleswig-Holstein aufgrund der Bestimmungen aus dem Landesprogramm Wirtschaft und der landeseigenen Richtlinie auf die Förderung der Erschließungskosten durch das Land Schleswig-Holstein. Dabei geht es insbesondere zum einen um die sog. „Positivliste“, welche sehr einschränkend vorgibt, welche Betriebe sich überhaupt in ein gefördertes Gewerbegebiet ansiedeln dürfen. Zum anderen geht es um die Vorgaben des sog. „Primäreffektes“, welcher dazu noch einschränkend auferlegt, dass die geförderten Betriebe mindestens 50% ihres Umsatzes außerhalb eines 50-Kilometerradiuses erwirtschaften müssen.</p> <p data-bbox="250 999 2114 1066">Gerade im ländlichen Raum sind diese sehr stringenten Vorgaben regelmäßig ein KO-Kriterium und führen dazu, dass auf die Fördermittel gänzlich verzichtet wird, was sehr teure Grundstückspreise zur Folge hat.</p> <p data-bbox="250 1088 2114 1184">Aus Sicht des Antragstellers macht es keinen Sinn, an diesen Vorgaben länger festzuhalten. Es muss bei der Förderung darum gehen, für gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land zu Sorgen und auch strukturschwachen Regionen die Möglichkeit zu geben, neue Gewerbegebiete zu attraktiven Konditionen anbieten zu können.</p> <p data-bbox="250 1206 2114 1273">Dazu gehört auch, dass sich Betriebe aus allen Branchen, vor allem auch das Handwerk, vor Ort entwickeln und in neuen geförderten Gebieten ansiedeln können.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
9.	<p data-bbox="250 300 2114 331">Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="250 402 1205 434">Antrag: Schaffung einer Pandemie-Versicherung unterstützen und fördern</p> <p data-bbox="250 504 806 536"><i>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</i></p> <ol data-bbox="300 555 2105 689" style="list-style-type: none"><li data-bbox="300 555 2105 619">1. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt und unterstützt die Initiative der Versicherungswirtschaft, bedarfs- und marktgerechte Versicherungsprodukte zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen einer Pandemie zu entwickeln.<li data-bbox="300 625 2105 689">2. Dezidiert auf einen Pandemie - Versicherungsfall ausgerichtete Versicherungsverträge sollen von der Erhebung der Versicherungssteuer befreit werden. <p data-bbox="250 759 421 791"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="250 810 2114 944">Neben den schmerzlichen gesellschaftlichen Folgen hat die Corona-Pandemie auch schwere wirtschaftliche Auswirkungen mit sich gebracht. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich weder vorhersehen, wie lange die jetzige Pandemie noch anhalten wird, noch ob es in naher Zukunft zu weiteren Pandemien mit neuen oder mutierten Erregern kommen wird. Eine erneute staatliche Stützung der Wirtschaft wie in den letzten beiden Jahren würde den Staatshaushalt massiv überfordern und ist deswegen so nicht zeitnah wiederholbar.</p> <p data-bbox="250 963 2114 1129">Um für diese Herausforderung gewappnet zu sein und um den wirtschaftlich Betroffenen eine eigenständige und selbstverantwortliche Schutzmöglichkeit zu geben, ist die Schaffung einer freiwilligen Pandemie-Absicherung notwendig. Die Pandemie-Absicherung soll gewährleisten und verhindern, dass die deutsche Wirtschaft in einer erneuten Pandemie-Situation ausschließlich von staatlichen Zuwendungen abhängig ist. Eine Pandemie-Absicherung ist auch deshalb nötig, weil eine umfassende und dauerhafte Absicherung aller aus einer Pandemie folgenden wirtschaftlichen Schäden die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft deutlich überschreitet.</p> <p data-bbox="250 1149 2114 1257">Da der Staat durch eine marktwirtschaftliche Pandemie-Absicherung entlastet wird, sollte er sich auch durch Verzicht auf die Erhebung einer Versicherungssteuer an der Finanzierung einer solchen Pandemie-Abdeckung angemessen beteiligen. Hierdurch könnten die Risikoprämien für alle Beteiligten in einem vertretbaren finanziellen Rahmen gehalten werden, was wiederum zu einer stärkeren Akzeptanz der Absicherung führen wird.</p>

Ifd. Nr.	Anträge
10.	<p data-bbox="250 300 2114 335">Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="250 402 1473 437">Antrag: Landesweite Zukunftsstrategie für Landgasthöfe und ländliche Gastronomie erarbeiten</p> <p data-bbox="250 504 806 539"><i>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</i></p> <p data-bbox="250 555 1935 590">Die CDU Schleswig-Holstein fordert die Erarbeitung einer „landesweiten Zukunftsstrategie für Landgasthöfe und ländliche Gastronomie“.</p> <p data-bbox="250 606 2078 673">Dadurch sollen die schleswig-holsteinischen Landgasthöfe und gastronomischen Betriebe des ländlichen Raumes in ihrem Bestand gestärkt und Möglichkeiten der zukunftsfähigen Weiterentwicklung aufgezeigt werden.</p> <p data-bbox="250 740 416 775"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="250 791 2101 963">Lebendige und zukunftsfähige ländliche Regionen brauchen moderne und diversifizierte Landgasthöfe. Neben anderen infrastrukturellen Maßnahmen, Elementen der Daseinsvorsorge und Dienstleistungen, nehmen Landgasthöfe eine zentrale Funktion zugleich im Leben der ländlichen Bevölkerung, der städtischen Naherholungs-Besucher und der Touristen wahr. Mit Hilfe einer landesweiten „Zukunftsstrategie für Landgasthöfe und ländliche Gastronomie“ könnte Schleswig-Holstein eine Vorreiter-Rolle einnehmen, wie es dies auch bei anderen Zukunftsthemen des ländlichen Raumes (AktivRegion, MarktTreff, direkte Hofvermarktung etc.) bereits getan hat.</p> <p data-bbox="250 979 2083 1082">Dafür gilt es Strategien zu entwickeln, die die regionalen Unterschiede und Besonderheiten berücksichtigen, mögliche Synergien aufzeigen und deren Umsetzung ermöglichen. Denkbar wären beispielsweise Kooperationen mit Kindertagesstätten, Schulen, Coworking-Spaces, Pflegeeinrichtungen und anderen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, der Dienstleistung, der Landwirtschaft und der Kultur.</p> <p data-bbox="250 1085 2078 1152">In der Umsetzungsphase, die oftmals mit Umnutzungs- und Erweiterungsvorhaben verbunden sind, gilt es zudem die ländliche Gastronomie zu unterstützen.</p> <p data-bbox="250 1168 2114 1372">Gelingt es die schleswig-holsteinischen Landgasthöfe in ihrer Funktion als „moderne Wirtschaftsbetriebe mit soziokulturellen Zusatzfunktionen“ zu stärken und ihnen Perspektiven und Entwicklungschancen für die Zukunft aufzuzeigen, werden diese nicht nur die besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie überstehen, sondern können auch gestärkt in die Zukunft gehen. Von einer starken, lebendigen und flächendeckenden infrastrukturellen Versorgung mit Landgasthöfen und ländlicher Gastronomie würde nicht nur die ländliche Bevölkerung, sondern auch die städtischen Naherholungsbesucher und der Binnenland-Tourismus profitieren. Zugleich werden viele Synergie-Effekte mit vielen anderen Bereichen des ländlichen Lebens möglich. Eine starke ländliche Gastronomie stellt damit eine wichtige Säule im Gefüge der ländlichen Räume dar.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
11.	<p data-bbox="250 300 2114 335">Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="250 402 1066 437">Antrag: Weitere Ausbreitung von Jakobskreuzkraut eindämmen</p> <p data-bbox="250 504 801 539"><i>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</i></p> <p data-bbox="250 555 2096 654">Der Parteitag fordert landesweite Maßnahmen, um die flächendeckende Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts einzudämmen und den vorhandenen Bestand zu reduzieren. Mit dieser Maßnahme soll gesundheitlicher Schaden von Menschen und Tieren abgewendet und zugleich wirtschaftlicher Schaden der landwirtschaftlichen Betriebe verhindert werden.</p> <p data-bbox="250 721 416 756"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="250 772 2114 1120">Seit den 90er Jahren breitet sich diese Giftpflanze mit steigender Tendenz in ganz Schleswig-Holstein aus. Sie stellt eine Gefahr für Menschen und Tiere dar. Bereits kleine eingenommene Mengen können zu dauerhaften Gesundheitsschäden führen. Jakobskreuzkraut tritt bereits flächendeckend an Straßenrandstreifen, Verkehrsinseln und Naturschutzflächen auf und ist vermehrt auch auf landwirtschaftlich genutzten Flächen vorzufinden. Zwar können landwirtschaftliche Nutztiere und Pferde die Pflanzen bei einer Beweidung als Giftpflanze erkennen und fressen diese nicht, wenn sie aber in Form von Heu oder Silage im Futter landet, wird die Giftigkeit nicht mehr erkannt. Die Folgen sind für die Tiere verheerend. Der Versuch diese Pflanze auf landwirtschaftlich genutzten Flächen einzudämmen, ist mit sehr großem zeitlichem und finanziellem Aufwand für die landwirtschaftlichen Betriebe verbunden und gleicht einem Kampf gegen Windmühlen. Solange sich die Giftpflanze weiter ungestört auf ungenutzten Flächen ausbreiten kann, kann auch der Ausbreitung auf Nutzflächen nicht wirkungsvoll nachhaltig begegnet werden. Neben der Gefahr für Tiere stellt sich durch Blüteneintrag durch die Biene in den Honig auch eine Gefahr für Menschen dar. Hinweise an Imker, die Bienenstöcke in ausreichender Entfernung zu Jakobskreuzkrautpflanzen aufzustellen, scheint aufgrund der flächendeckenden Ausbreitung wenig praxistauglich bis realitätsfern.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
12.	<p data-bbox="253 300 2112 335">Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="253 403 1276 438">Antrag: Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohnraum erleichtern und fördern</p> <p data-bbox="253 507 806 542"><i>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</i></p> <p data-bbox="253 555 2060 622">Der Parteitag fordert die Landesregierung dazu auf, die Umwidmung von Gewerbeflächen zu Wohnraum in Schleswig-Holstein zu erleichtern und zu fördern.</p> <p data-bbox="253 691 414 726"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="253 738 2112 949">Seit vielen Jahren steigt der Bedarf an Wohnraum kontinuierlich an. Dabei führt der Nachfrageüberhang nicht nur in Ballungszentren zu stetig steigenden Miet- und Immobilienkosten. Nachhaltig kann nur die Schaffung von neuen Wohnflächen eine weitere Preissteigerung begrenzen und damit Wohneigentum und Mieten für eine große Bevölkerungsschicht bezahlbar halten. Gleichzeitig muss aber eine weiter andauernde neue Flächenversiegelung kritisch gesehen werden. Während die Nachfrage nach Wohnraum seit Jahren stetig steigt, sinkt die Nachfrage nach Gewerbe- und Büroflächen kontinuierlich. Die Gründe dafür sind vielfältig und oftmals regional sehr unterschiedlich. Die Entwicklung zu mehr Homeoffice, Coworking Spaces und neuen Arbeitsmodellen wird diesen Trend noch weiter verstärken.</p> <p data-bbox="253 962 2112 1141">Die Umwidmung von Gewerbe- und Büroflächen stellt ein probates Mittel dar, einerseits den nötigen neuen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig eine Flächenversiegelung zu begrenzen. Oftmals wird eine mögliche Umnutzung durch rechtliche Rahmenbedingungen stark behindert oder ist aufgrund von hohen Auflagen wirtschaftlich nicht darstellbar. Aufbauend auf den bereits bestehenden KfW Förderprogrammen könnte eine Landesinitiative, die sowohl eine finanzielle Förderung als auch den Abbau von bürokratischen Hemmnissen beinhaltet, den Zielkonflikt zwischen Schaffung von Wohnraum und Flächenversiegelung auflösen.</p>
13.	<p data-bbox="253 1217 2112 1252">Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="253 1321 1120 1356">Antrag: Vereinfachung und Flexibilisierung der Städtebauförderung</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p><u>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Der CDU Schleswig-Holstein setzt sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, die Richtlinien und Regularien der Städtebauförderung zu vereinfachen und zu flexibilisieren, damit dieses bewährte Förderinstrument noch wirkungsvoller insbesondere von kleinen Städten, Unterzentren und ländlichen Zentralorten in Schleswig-Holstein eingesetzt werden kann. Insbesondere die sehr langwierigen Aufnahmeprozesse für die Kommunen und die langwierigen Entscheidungswege sollen deutlich verkürzt werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Mit Hilfe der Städtebauförderung fördern Bund und Länder die Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen und die Beseitigung städtebaulicher Missstände. Die Städtebauförderung hilft dabei die öffentliche Infrastruktur, Wohnungsangebote und die Aufenthaltsqualität zu verbessern und die Versorgung der Menschen zu sichern. Mit den Fördermitteln wird zugleich Funktionsverlusten, wie zum Beispiel Leerständen in Innenstädten, entgegen gewirkt. Soziale Ungleichgewichte werden reduziert und die öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt. Zudem lösen Städtebaufördermittel private und weitere öffentliche Investitionen aus und schaffen damit positive Effekte auf die regionale Bau- und Dienstleistungswirtschaft.</p> <p>Die Zuwendungen von Bund und Ländern beziehen sich derzeit maßgeblich auf die Gesamtmaßnahme in einem festgelegten Sanierungsgebiet mit gravierenden und komplexen städtebaulichen Problemen. Eine Flexibilisierung in Hinsicht auf eine kleinteiligere Förderkulisse würde es insbesondere kleinen Städten und Gemeinden erleichtern, mit Hilfe dieses Instrumentes Funktionsverluste auszugleichen und die Daseinsvorsorge zu stärken, um zukunftsicher die Versorgungsfunktion für die Umlandgemeinden erfüllen zu können.</p>
14.	<p><u>Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</u></p> <p>Antrag: Vorfahrt für Wirtschaftswachstum</p> <p><u>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für eine Entfesselungsinitiative auf Bundes- und Landesebene ein, bei der die wirtschaftliche Erholung und das Wachstum der Unternehmen Vorfahrt hat. Dafür sollten beispielsweise temporär für einen Mindestzeitraum von 2 Jahren:</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Bemessungsgrenzen für statistische Berichtspflichten verdoppelt werden- Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge ausgesetzt werden

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<ul style="list-style-type: none">- Die Grenzen für Sofortabschreibungen verdoppelt werden- Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Zukunftsthemen wie Digitalisierung, KI und Klimaschutz geschaffen werden <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Corona-Pandemie hat nicht nur viel Leid und Verlust für die Menschen mit sich gebracht, sondern auch die Wirtschaft in erheblichem Maße geschwächt. Ziel muss es sein, der Wirtschaft in allen Branchen schnellstmöglich eine Rückkehr auf das Vorkrisenniveau zu ermöglichen. Dafür sollten bürokratische Verpflichtungen reduziert, die Finanzkraft der Unternehmen erhöht und Investitionen erleichtert werden.</p>
15.	<p><u>Antrag Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein</u></p> <p>Antrag: Aufstellen von Tinyhouses für touristische und wohnliche Zwecke einfacher ermöglichen</p> <p><u>Der CDU Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, das Aufstellen von Tinyhouses für touristische Zwecke zukünftig leichter zu ermöglichen. Dazu zählt auch das Zulassen geeigneter Modellprojekte, um diesen neuen Trend, der zu dem Bereich naturnaher, nachhaltiger Familienurlaub zählt, zu erproben und weiterzuentwickeln.</p> <p>Neben der Nutzung von touristisch genutzten Tinyhouse-Angeboten sollten hierbei auch Möglichkeiten zu einer modellhaften Errichtung von Tinyhouse-Siedlungen zu Wohnzwecken eine Rolle spielen. Hierfür ist ein entsprechender Leitfaden für die kommunale Handlungsebene unabdingbar.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Nutzung von Tinyhouses für touristische Zwecke ist ein neuer Trend in der europaweiten Tourismusbranche, der auch bei der zukünftigen Ausrichtung des schleswig-holsteinischen Binnenlandtourismus eine Rolle spielen wird, sofern das Land Schleswig-Holstein dafür jetzt zeitnah die erforderlichen Rahmenbedingungen schafft.</p> <p>Baugenehmigungen außerhalb von extra dafür vorgesehen Gebieten oder das Aufstellen auf Campingplätzen sind derzeit aufgrund gesetzlicher Vorgaben kaum möglich. Einige andere Bundesländer haben den Tinyhouse-Trend schneller aufgegriffen und bereits Regelungen geschaffen, die das einfachere Aufstellen von Tinyhouses ermöglichen. Insbesondere für den Binnenlandtourismus ist die Nutzung der kleinen Häuschen eine gute Möglichkeit zu-</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>sätzliche Angebote zu schaffen, die einen naturnahen und zugleich umweltschonenden Urlaub ermöglichen.</p> <p>In der im Juni 2019 vorgestellten Studie zum Thema „Entwicklungspotenziale und Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Binnenlandtourismus in Schleswig-Holstein“ wurde die Relevanz einer gezielten Entwicklung des Binnenlandtourismus hervorgehoben. Insbesondere Minister Buchholz warb dafür, Schwerpunktbereiche bzw. „Hot Spots“ zu definieren, die gezielt und beispielhaft für den Binnenlandtourismus entwickelt werden können.</p> <p>Um vorliegende Potenziale zu nutzen und eine gewisse katalysierende Wirkung zu erzielen, muss hierbei in diesem Kontext an aktuelle Themen und Trends angeknüpft werden.</p> <p>Eine Hauptzielgruppe für Urlaub oder auch dauerhaftes Wohnen in Tinyhouses sind auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit bedachte Personen, die einen Lebensstil der freiwilligen Einfachheit pflegen. Parallelen sind zu sehen zum sog. Lifestyle of Health and Sustainability (LOHAS), einer im Schleswig-Holstein Tourismus bereits traditionell bedachten Zielgruppe. Dieser Lebensstil ist von Gesundheitsbewusstsein und -vorsorge sowie der Ausrichtung an Prinzipien der Nachhaltigkeit geprägt. Häufig handelt es sich hierbei um Personen mit überdurchschnittlich hohem Einkommen, die für ein entsprechendes Wertschöpfungspotential stehen.</p> <p>Gleichzeitig führt, unter Berücksichtigung des zuvor genannten Themenfeldes, ein zunehmender Drang zu alternativen bzw. neuen Urlaubs-/ Wohnformen, sowie die massive Verteuerung von Bauen und Wohnen, zu immer mehr hochwertigen, auch <u>regionalen, Tiny House-Anbietern</u>.</p> <p>Es scheint zielführend, Tinyhouses als Ergänzung zu dem klassischen Ferienhaussegment in Regionen zu etablieren, die aufgrund Ihrer Ausrichtung Touristen mit Ausrichtung auf die o. g. Themenfelder anziehen. Das Binnenland in SH ist eine dieser Regionen. Aktionen wie zuletzt die Standortsuche für „<u>Green Tinyhouses</u>“ durch den Binnenland Tourismus e.V. belegen diesen Zusammenhang.</p>
16.	<p><u>Antrag der Kreisverbände Schleswig-Flensburg Nordfriesland Dithmarschen</u></p> <p><u>Gewerbe sich im Ort entwickeln lassen / Zukunft für Gewerbe vor Ort</u></p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben sind dergestalt anzupassen, dass Gewerbebetriebe in nichtzentralen Orten eine Entwicklungsmöglichkeit haben. Gewachsene Gewerbebetriebe und Start-Ups in Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion haben in Schleswig-Holstein meist keine Möglichkeit, sich am Ort zu entwickeln, weil die landesplanerischen Vorgaben dies nicht zulassen.</p> <p>Als Alternative wird dann auf ein Gewerbegebiet in einem zentralen Ort verwiesen. Dies hat für den Betrieb folgende Nachteile, Unwägbarkeiten und Hindernisse.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<ul style="list-style-type: none">- Die Aufgabe des bisherigen Standortes wäre mit erheblichen zusätzlichen Infrastrukturkosten am neuen Standort verbunden.- Eine Entwicklung an zwei Standorten ist zumeist betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll.- Aufnahmefähige Gewerbegebiete sind infolge der abnehmenden Flächenverfügbarkeit von Rohflächen zunehmend Mangelware. Dies wird sich wegen der Reglementierung des Flächenverbrauches noch verstärken.- Die Ansiedlung in geförderten Gewerbegebieten ist aufgrund der Reglementierung mittels Positiv-/ Negativlisten für manche Gewerbebetriebe (z.B. Baugewerbe) ausgeschlossen.- Die Richtlinien für die Ansiedlung in geförderten Gewerbegebieten sind im Kern nicht auf mittelständige hiesige Gewerbebetriebe ausgerichtet.- Wenn dennoch eine Umsiedlung an einen Standort in einem zentralen Ort erfolgt, bleibt am bisherigen Betriebsitz eine Investitionsruine zurück, mit den nachteiligen Folgen für das Ortsbild. <p>Zur Verbesserung der wohnortsnahen Beschäftigungssituation und Versorgung in allen Regionen des Landes soll die Wirtschaft gestärkt und weiterentwickelt werden. Wichtig sind dafür:</p> <ul style="list-style-type: none">• die Bestandssicherung und die Entwicklungsmöglichkeiten aller Betriebe vor Ort,• die Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen und ein leistungsfähiges Flächenmanagement,• eine stärkere Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur. <p>Alle Gemeinden sollen für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe und für die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe Gewerbeflächenvorsorge treffen können. Eine ortsangemessene und umsichtige Gewerbeflächenvorsorge mit klarer Orientierung an einer nachhaltigen Flächennutzung stärkt die örtlichen Strukturen und fördert die Qualität im ländlichen Raum. Zur Stärkung des örtlichen Gewerbesektors als bedeutender Wirtschaftsbereich soll ein hinreichendes Flächenangebot bereitgehalten werden. Ortstypische Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe brauchen Entwicklungsperspektiven für wohnortnahe Beschäftigung und Versorgung in ausgewogener Struktur.</p> <p>Eine Grundversorgung im Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich und der Erhalt leistungsfähiger Wirtschaftseinheiten sind in allen Gemeinden sicherzustellen. Ein breites Spektrum von Einrichtungen unterschiedlicher Größen, Betriebsarten und Angebotsformen mit ausgewogener, differenzierter Struktur ist erforderlich.</p> <p>In allen Gemeinden soll auf ausreichende und wohnortnahe Einzelhandelseinrichtungen, insbesondere zur Deckung des täglichen Bedarfs, hingewirkt werden. Gelegenheit, Verkaufsflächengrößen und Sortimente sollen individuell den örtlichen Gegebenheiten passend betrachtet werden, ohne den Kommunen dabei zu feste Beschränkungen vorzugeben.</p> <p>Bei jeglicher Gewerbeflächenvorsorge müssen die Ziele einer nachhaltigen Flächennutzung gewahrt bleiben. Die Flächeninanspruchnahme muss insgesamt nachhaltig reduziert werden, mit Flächen muss sparsam umgegangen werden, naturnahe Freiräume sollen erhalten und nicht zersiedelt werden. Bei</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>kommunalen Flächenentwicklungen gilt es, Vermeidung (aktiver Flächenschutz und flächensparendes Bauen), Mobilisierung (Aktivierung von Baulücken und Innenentwicklungspotenzialen, Entsiegelung im Bestand) und Revitalisierung (bzw. Rekultivierung von Brachflächen und Stadtumbau) zu beachten. Innenentwicklung mit Potentialentwicklung für die Umgebung hat Vorrang vor Außenentwicklung. Dazu bedarf es einer Vereinfachung von Nachverdichtungsmaßnahmen sowie einem Flächenmonitoring mit Managementkataster und Brachflächenrecycling. Unterschiedliche Ansprüche von Siedlungsentwicklung und Freiraumsicherung müssen sorgsam abgewogen werden.</p> <p>Die Förderung natur- und emissionsschonender Bauweise und Energieversorgung der neu zu entwickelnden Gewerbeflächen und Wohngebiete soll Vorrang vor Verboten und Überregulierung haben. Die Fördermittel dafür sollen planbar und mit niedrigschwelligem Zugang für Handwerk, Gewerbe und Bürgerinnen bereitgestellt werden.</p> <p>Begründung: Erfolgt bei Bedarf mündlich.</p>
17.	<p>Antrag der Frauen Union Schleswig-Holstein</p> <p>Kinderwunschbehandlungen einheitlich in Deutschland finanzieren</p> <p>Der Deutsche Bundestag und der Schleswig-Holsteinische Landtag werden gebeten, sich für eine bundeseinheitliche Lösung für eine finanzielle Unterstützung bei der Kinderwunschbehandlung einzusetzen. Sie sollen sich für eine Kostenübernahme nach §27a SGB V auch für nicht verheiratete und gleichgeschlechtliche Paare, sowie Alleinstehende einsetzen, sofern andere gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen. Es soll darauf hingewirkt werden, dass auf Bundesebene geprüft wird, ob der vorgenommene Altersunterschied zwischen Mann und Frau in der Regelung des § 27a SGB V noch gerechtfertigt ist. Dieser besagt, dass das Höchstalter bei der Förderung für Kinderwunschbehandlungen bei Männern bei 50 Jahren liegt und bei Frauen bei 40 Jahren.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
18.	<p data-bbox="250 300 2114 335">Antrag der Frauen Union Schleswig-Holstein</p> <p data-bbox="250 402 1953 437">Kinder und Jugend stärken – psychosoziale Folgen der Pandemie bei Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie abmildern</p> <p data-bbox="250 504 2114 603">Die Corona-Pandemie hat Auswirkungen auf unser gesamtes gesellschaftliches Zusammenleben. Für jeden Mitbürger und jede Mitbürgerin sind viele Maßnahmen eine reine Zumutung. Die großen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen führen auch bei Erwachsenen zu erheblichen Problemen. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen wurde bisher sehr stark auf die zweifelsfrei sehr wichtigen Bildungschancen und Bildungsmöglichkeiten geschaut.</p> <p data-bbox="250 622 2114 721">Im Bewusstsein der psychosozialen Folgen bei Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie wird die CDU- Landtagsfraktion gebeten, ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das zielgenau die durch die Pandemie verursachten erheblichen Schwierigkeiten bei Kindern und Jugendlichen bekämpft. Ziel ist ein Kinder- und Jugendstärkungsplan, der möglichst rasch entsteht und umgesetzt werden soll.</p> <p data-bbox="250 740 2069 807">Daneben ist es aber auch sehr wichtig, die sozialen Kompetenzen unserer Kinder und Jugendlichen nicht aus den Augen zu verlieren. Kindheit und Jugend sollten eine unbeschwerte Zeit sein, die aktuell kaum ein Kind oder Jugendliche oder Jugendlicher erleben.</p> <p data-bbox="250 826 416 861"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="250 880 2092 979">Das Treffen mit mehreren Freunden erfüllt unter Umständen einen Ordnungswidrigkeiten Tatbestand. Sogar Kindergeburtstage wurden und werden durch die Polizei aufgelöst. So wichtig die Einschränkungen für den Schutz der Gesamtbevölkerung sind, so einschneidend sind diese Erlebnisse für die Kinder und Jugendlichen.</p> <p data-bbox="250 999 2114 1098">Daher muss schnellstmöglich ein zielgenaues Maßnahmenpaket erarbeitet werden, um in das „normale Leben“ wieder zurückzufinden. Sei es durch die Stärkung des Ehrenamtes oder der Sozialarbeit an der Schule und in Freizeiteinrichtungen, gezielte Freizeitangebote, die eine therapeutische Begleitung zur Aufarbeitung der Pandemie beinhalten, Freizeitboni und Kulturangebote, die sich gezielt an Kinder und Jugendliche richten.</p> <p data-bbox="250 1117 2078 1216">Erinnern wir uns an die Zeit unserer Jugend – wie wichtig war es, sich mit seinen Freundinnen und Freunden zu treffen und zu feiern. Die Jugend trägt durch Verzicht verantwortungsbewusst zur Bekämpfung der Pandemie bei. Wir sollten nun verantwortungsbewusst den Blick darauf richten, den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, das Verpasste nachzuholen und das Erlebte auf zu arbeiten</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
19.	<p data-bbox="250 300 2116 335">Antrag CDU-Kreisverband Plön</p> <p data-bbox="250 402 524 434">Zur Arbeit der Partei</p> <p data-bbox="250 504 2101 568">Die CDU orientiert sich in ihrer Arbeit an den Inhalten und Zielen einer Volkspartei der Mitte. Dies umfasst die Wahrnehmung aller relevanten Themen, insbesondere denen der Wirtschaft, des Sozialen, der Umwelt, des Klimas, der Sicherheit und der Finanzen.</p> <p data-bbox="250 587 2074 619">Sie macht allen Bürgerinnen und Bürgern, die darin ihre politischen Ziele sehen, das Angebot zur Mitarbeit. Die CDU ist die Partei aller Generationen.</p> <p data-bbox="250 638 2092 740">Dies soll sich auch bei Kandidaturen auf allen Ebenen widerspiegeln. Ob für Parlamente oder die kommunalen Vertretungen: Die Entscheidung, wer für die Partei kandidiert, fällt der Satzung entsprechend durch die freie und geheime Wahl der Mitglieder. Benachteiligungen aufgrund des Geschlechtes, Alters oder anderer Kriterien sind unzulässig.</p> <p data-bbox="250 759 2114 861">Werte sind für eine Partei, deren Mitglieder und Wähler wichtig. Eine Partei ist eine Gemeinschaft, in der das Mit- und Füreinander wie auch der Stil von (kontroversen) Diskussionen von Bedeutung sind. Austritte und Unzufriedenheiten sind nicht wenig darin begründet, dass hier Defizite gesehen werden. Die CDU muss darauf intern wie in der Außendarstellung achten.</p> <p data-bbox="250 880 2074 983">Die Werbung neuer Mitglieder ist notwendig. Dies ist für die Präsenz vor Ort, die Kommunalpolitik wie die Umsetzung der Ziele der CDU von erheblicher Bedeutung. Neueintritte gibt es seit längerem nicht in dem Maß, wie die Partei Abgänge zu verzeichnen hat. Deshalb muss ein Schwerpunkt der künftigen Parteiarbeit in diesem Bereich gesetzt werden.</p> <p data-bbox="250 1002 2114 1104">Arbeitskreise, Sitzungen, Veranstaltungen und andere Formen der Parteiarbeit müssen attraktiv sein. Sie sollten ein tatsächliches Forum der Möglichkeit des „sich Einbringens“ sein und wo geboten der Diskussion sein. Image und Erfolg einer Partei sind auch davon abhängig, ob sie in ihren eigenen Ansprüchen dem gerecht wird.</p> <p data-bbox="250 1123 2087 1187">Digitale Formen der Kommunikation und ggf. Entscheidungen haben auch in den Parteien – vor allem Corona-bedingt – an Bedeutung gewonnen. Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass dies deutlich nicht für alle Mitglieder gilt. Termine in Präsenz haben, wenn möglich, Vorrang.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
20.	<p data-bbox="250 300 2114 335">Antrag CDU-Kreisverband Plön</p> <p data-bbox="250 402 654 437">Stärkere Förderung der Fischer</p> <p data-bbox="250 504 2092 603">Frischer Fisch schmeckt, ist gesund, regional und nachhaltig. Leider nimmt die Zahl der Fischerinnen und Fischer stetig ab. Ein wesentlicher Grund sind die sich immer mehr verschlechternden Rahmenbedingungen, vor allem durch die EU. Aber auch die Kormoran-Problematik ist an einem Teil der Seen keine zu unterschätzende Problematik.</p> <p data-bbox="250 625 2114 724">Der Landesparteitag spricht sich dafür aus, die Hilfen des Landes zu verstärken, um den Beruf der Fischerin / des Fischers auch finanziell attraktiver zu machen und mit größeren Perspektiven für die Zukunft zu versehen. Es geht um den gesellschafts-, ernährungs- und wirtschaftspolitisch wünschenswerten Erhalt bzw. Neugründung von regionalen Betrieben.</p> <p data-bbox="250 746 1800 782">Frische, regionale Produkte in allen Lebensmittel-Bereichen sind auch aus Sicht einer gesunden Ernährung ein positiver Faktor.</p>
21.	<p data-bbox="250 858 2114 893">Antrag CDU-Kreisverband Plön</p> <p data-bbox="250 960 497 995">Mitgliederstatistik</p> <p data-bbox="250 1062 2114 1193">Derzeit werden die Mitgliederzahlen der Kreisverbände und des Landesverbandes in der Mitgliederstatistik nach absoluten Zahlen ausgewiesen, auch Zuwächse und Abgänge. Die Aussagekraft der Zahlen wird aber auch davon bestimmt, wie viele Einwohner in den jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten wie im gesamten Schleswig-Holstein leben. Deshalb wird in der Mitgliederstatistik künftig auch die Zahl der Mitglieder bezogen auf die Einwohnerzahl des jeweiligen Kreisverbandes ausgewiesen und daraus die (bewertende) Reihenfolge bestimmt.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
22.	<p data-bbox="250 300 2114 335">Antrag CDU-Kreisverband Plön</p> <p data-bbox="250 402 1003 437">Berufung einer Generalsekretärin / eines Generalsekretärs</p> <p data-bbox="250 504 1317 539">Die CDU Schleswig-Holstein beruft eine Generalsekretärin oder einen Generalsekretär.</p> <p data-bbox="250 606 421 641"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="250 657 1272 692">Die Belebung der Parteiarbeit und die Stärkung der politischen Schlagkraft der CDU</p> <p data-bbox="250 708 2114 807">Schleswig-Holstein sind für die laufende Arbeit wie für Wahlkämpfe von besonderer Bedeutung. Es gilt, die Akzeptanz als Volkspartei zu stärken, „kampagnenfähig“ zu sein, den rückläufigen Mitgliederzahlen zu begegnen und sowohl inhaltlich wie auch organisatorisch die Arbeit der Partei so zu orientieren, dass eine breite Präsenz in der Gesellschaft, vor Ort und im vorpolitischen Raum gegeben ist.</p>
23.	<p data-bbox="250 941 2114 976">Antrag CDU-Kreisverband Plön</p> <p data-bbox="250 1043 927 1078">Digitalisierung - Initiativen für Senioren und Bildung</p> <p data-bbox="250 1145 2092 1212">Die Corona-Zeit hat deutlich gemacht, dass allein mit digitalen Systemen derzeit nicht die Breite der Gesellschaft abgebildet oder erfasst werden kann. Genannt seien zum Beispiel die Probleme bei den Anmeldungen für Senioren zu Impfterminen Anfang des Jahres.</p> <p data-bbox="250 1228 2101 1295">Im Bildungsbereich ist erkennbar geworden, dass noch nicht überall die digitalen Möglichkeiten umfänglich gegeben oder aufeinander abgestimmt sind oder die Bereitschaft besteht, diese wahrzunehmen.</p> <p data-bbox="250 1311 2114 1410">Die CDU spricht sich dafür aus, ein Digitalanwendungsprogramm Senioren zu erstellen. Dieses soll dem im Alter tatsächlichen durchschnittlichen Bedarf entsprechend gestaltet sein, es also auch Senioren ermöglichen, dem digitalen Leben und den digitalen Herausforderungen in altersgerechter Form entsprechen zu können. Eine einfachere Form der Digital-Anwendung könnte auch für andere in Betracht kommen, die es ansonsten schwer hätten, am digi-</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>talen Geschehen teilzunehmen. Landtagsfraktion und Landesregierung werden gebeten, notwendige Schritte in die Wege zu leiten.</p> <p>Im Bildungsbereich ist eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, wie die Erfahrungen aus der bisherigen Zeit sind und welche Maßnahmen zusätzlich zu den bislang vorgenommenen nötig sind, um allen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern eine bestmögliche Teilnahme an digitalen Formen des Unterrichtes zu ermöglichen.</p>
24.	<p>Antrag Senioren Union Schleswig-Holstein</p> <p>Transparente Regeln für Parteispenden</p> <p>Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten dafür zu sorgen, dass es bei Parteispenden ebenso zu transparenten Regeln kommt wie bei Sponsoring und Nebeneinkünften.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Spätestens mit der Maskenaffäre und den Zuwendungen an Abgeordnete von Aserbaidshan ist die Union besonders aufgefordert für glaubwürdige, ehrliche und überzeugende Regeln bei Parteispenden wie bei Nebeneinkünften von Abgeordneten zu sorgen.</p>
25.	<p>Antrag Junge Union Schleswig-Holstein</p> <p>Digitalisierung des Organspendeausweises</p> <p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für die Digitalisierung des Organspendeausweises nach datenschutzrechtlichen Bedingungen ein.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Derzeit stehen etwa 9.200 Menschen in Deutschland auf der Warteliste (Stand Januar 21) für den Bezug eines Spenderorgans. Auf ein lebensrettendes Organ warten sogar weitaus mehr Menschen. Dem gegenüber sterben täglich nahezu drei Menschen, die durch eine Organspende ein anderes Menschenleben hätten retten können.</p> <p>Ein Weg um den Organspendeausweis attraktiver zu machen, ist diesen zu Digitalisieren. Aktuell kann man den Organspendeausweis zwar digital bean-</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>tragen, allerdings muss dieser noch immer ausgedruckt werden damit er seine Gültigkeit hat. Nun sollte auch der nächste Schritt gegangen werden, um einen wirklichen digitalen Organspendeausweis einzuführen.</p>
26.	<p><u>Antrag Junge Union Schleswig-Holstein</u></p> <p>Ermöglichung von Kondomautomaten an weiterführenden Schulen</p> <p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für die flächendeckende Aufstellung und Ermöglichung von Kondomautomaten an weiterführenden Schulen ein.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Es ist ein gutes Zeichen, dass HIV-Neuinfektionen jährlich in Deutschland abnehmen und so auch die Zahl der AIDS-Toten rückläufig ist. Allerdings nimmt die Anzahl anderer Geschlechtskrankheiten stetig so. So ist seit 2007 die Anzahl der Neuerkrankungen an Syphilis um 149% gestiegen. Dies wird vor allem durch einen vermehrten Verzicht auf Verhütung mit Kondomen begründet.</p> <p>Ein Kondomautomat kann in diesen Situationen das Thema Safer Sex sensibilisieren. In Schleswig-Holstein sind zwar bereits viele Kondomautomaten an den entsprechenden Orten zu finden, allerdings nicht flächendeckend, sodass an Orten, in denen Jugendliche sich aufhalten, verstärkt eine Ansprache stattfinden muss. Dies könnte auch dazu beitragen, dass das Thema Verhütung in der Gesellschaft enttabuisiert wird.</p>
27.	<p><u>Antrag Junge Union Schleswig-Holstein</u></p> <p>Keine Pflicht zur Verwendung von Gender-Sprache</p> <p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich uneingeschränkt für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein. Hierfür bedarf es politischer Maßnahmen, um bestehende Nachteile zu beseitigen und eine Gleichberechtigung aller zu erreichen.</p> <p>Die CDU Schleswig-Holstein hält die Anwendung von Gender-Sprache in Form des Binnen-I, des Gendersterns oder anderer nicht den Regeln der deutschen Rechtschreibung entsprechender Vorschläge nicht für das richtige Mittel, um die Durchsetzung der Gleichberechtigung zu erreichen.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>Die CDU Schleswig-Holstein</p> <ul style="list-style-type: none">• spricht sich gegen jede Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen aus, die keine gendergerechte Sprache verwenden möchten,• die Verwendung geschlechtergerechter Sprache bleibt jedem und jeder vorbehalten,• verwendet in ihren Schriftstücken und Veröffentlichungen keine grammatikalisch falsche Gender-Sprache, sondern entsprechend der Regeln der deutschen Grammatik und der amtlichen deutschen Rechtschreibung die männliche und die weibliche Form,• spricht sich dafür aus, dass Schriftstücke und Veröffentlichungen von Behörden und staatlichen Einrichtungen insbesondere durch die Verwendung von Gendersprache nicht verkompliziert werden, und spricht sich gegen eine Sanktionierung der Nicht-Anwendung von Gender-Sprache in Hochschulen und Behörden aus, <p>unterstützt ausdrücklich die Klarstellung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Karin Prien, dass die in Schule vermittelte Grammatik und Rechtschreibung den Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung entsprechen muss. Die JUSH begrüßt, dass Sprachwandel und Sprachpolitik im Deutschunterricht thematisiert werden und spricht sich dafür aus, gendersensible Sprache in diesem Kontext zu behandeln.</p>
28.	<p>Antrag CDU-Ortsverband Heide</p> <p>Antrag zur Änderung der Bundes- und Landessatzung</p> <p>Die CDU Heide beantragt</p> <ol style="list-style-type: none">1. dass die Landessatzung dahingehend geändert wird, dass künftig der/die Landesvorsitzende und der/die Spitzenkandidat*in direkt von den Mitgliedern gewählt wird.2. dass sich die CDU Schleswig-Holstein massiv dafür einsetzt, dass die unter 1. genannten Änderungen auch in die Bundessatzung übernommen werden. <p>Begründung: Vielen von Ihnen kommt dieser Antrag bekannt vor. Schließlich wurde er schon öfter gestellt – so auch von der JU Schleswig-Holstein. Doch noch nie war diese Forderung aus der Mitgliedschaft so massiv und präsent wie heute. Die Unzufriedenheit mit der Wahl des Bundesvorsitzenden und des Spitzenkandidaten war hier nur der letzte Tropfen auf dem heißen Stein.</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>Ein Bundes- und ebenso ein Landesvorsitzender muss die Rückendeckung der Mitglieder haben. Sie machen den Wahlkampf vor Ort und sind die Multiplikatoren in der Gesellschaft. Wie die aktuellen Umfragen ergeben, bricht gerade diese Unterstützung in den eigenen Reihen weg. Und wenn die eigenen Leute nicht mehr überzeugt sind, wie wollen wir dann andere von uns überzeugen?</p> <p>Beim Thema Direktwahl wird oft das schlechte Beispiel der SPD angeführt. Unserer Meinung nach zählt das Argument nicht, weil wir das bessere Personal haben. Unsere Spitzenkräfte sind in der Gesamtheit immer besser als das SPD Personal. Daher dürften wir keine Angst vor einer Entscheidung der Mitglieder haben.</p> <p>Das Wort „Demokratie“ sagt im weitesten Sinne aus, dass die Macht vom Volke ausgeht.</p> <p>Diesem Prinzip haben wir uns alle unterworfen. Aber wenn wir mal kritisch hinterfragen, wer uns auf den Bundesparteitagen vertritt, werden wir feststellen, dass die Delegierten nicht das „Volk“ respektive die Mitglieder widerspiegeln. Dies sollten wir als demokratische Partei zumindest bei den Spitzenämtern ändern. Das erwarten die Mitglieder von uns. Und die Mitglieder in ihrer Gesamtheit sind die CDU, nicht die Landesvorstände, der Bundesvorstand oder die Mandatsträger*innen im Bundestag oder den Landtagen.</p> <p>Zeigen Sie, dass Sie die Zeichen der Zeit erkannt haben und stimmen Sie für diesen Antrag. Lassen Sie uns „ein wenig mehr Demokratie wagen.“</p>
29.	<p>Antrag CDU-Ortsverband Rendswühren</p> <p>Stärkung der Ortsverbände</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen, dass eine Strategie entwickelt wird, wie Ortsverbände in ihren Strukturen gestärkt, bei ihrer Arbeit noch mehr Unterstützung bekommen und mitgliedschwache und „ruhende“ Ortsverbände reaktiviert werden können. Dafür bedarf es neben der bereits vorhandenen Hilfestellung durch die Kreisgeschäftsstellen und der Landesgeschäftsstelle weitere Formen der Unterstützung und der Bereitstellung von Serviceangeboten.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Ortsverbände sind ein wichtiger Pfeiler in unserem parteipolitischen Gefüge und erfüllen vor Ort eine Vielzahl von Aufgaben, die für die kommunalpolitische Arbeit vor Ort unabdingbar sind. Durch eine Vielzahl von Gründen, wie beispielsweise gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse, demographischer Wandel, Digitalisierung und Veränderung der Mitgliederstruktur in den Parteien etc. hat sich auch die Arbeit in den Ortsverbänden verändert und es kommen ständig neue Aufgaben auf die Akteure vor Ort zu. Bereits bestehende Unterstützung der Kreisverbände und des Landesverbandes sind gut und wichtig, reichen aber nicht überall aus, um die Verbände vor Ort auf die vielen neuen Herausforderungen und Aufgaben vorzubereiten, sie</p>

74. CDU-Landesparteitag am 14. August 2021

TOP 9 - Anträge

Ifd. Nr.	Anträge
	<p>dabei zu unterstützen und „ruhende“ Ortverbände zu reaktivieren. Um dies zu leisten bedarf es einer abgestimmten Strategie und mit deren Umsetzung betrauter Personen, die die Akteure vor Ort unterstützen, vorhandene Strukturen stärken und diese zukunftsgemäß weiterentwickeln.</p> <p>Das zur Verfügung stellen beispielsweise von Sharepics für den socialmedia und InternetAuftritt ist in dem Bereich schon ein sehr schönes Serviceangebot, das auf eine einfache Art und Weise ansprechende Veröffentlichungen zu aktuellen Themen ermöglicht. Zugleich zeigt die aktuelle Initiative der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein, wie mit einer erfolgreichen Strategie und großem Engagement Kreisverbände reaktiviert und in ihren Strukturen durch gezielte Mitgliederwerbung und Serviceangebote gestärkt werden können. Auch Modelle aus anderen ehrenamtlichen Bereichen, wie „Hauptamt unterstützt Ehrenamt“ könnten dafür in Betracht gezogen werden. Weitere Begründung erfolgt mündlich.</p>